

7. KAPITEL: DIE EINFACHE MELDEREGISTERAUSKUNFT

7.1 Ausgangssituation und Zielsetzung

Das MRRG in der Fassung vom April 2002 ermöglicht die einfache Melderegisterauskunft auch über das Internet: *“Melderegisterauskünfte ... können auf automatisiert verarbeitbaren Datenträgern, durch Datenübertragung oder im Wege des automatisierten Abrufs über das Internet erteilt werden.”* Dafür ist es erforderlich, dass

1. der Antrag in der amtlich vorgeschriebenen Form gestellt worden ist,
2. der Antragsteller den Betroffenen mit Vor- und Familiennamen sowie mindestens zwei weiteren der auf Grund von § 2 Abs. 1 gespeicherten Daten bezeichnet hat und
3. die Identität des Betroffenen durch einen automatisierten Abgleich der im Antrag angegebenen mit den im Melderegister gespeicherten Daten des Betroffenen eindeutig festgestellt worden ist.

Kunden, die diesen Dienst der Meldebehörden in Anspruch nehmen, sind sowohl *“Privatpersonen”*, die zum Beispiel Schulkameraden für ein Klassentreffen suchen, als auch Großkunden wie Versandhäuser, Inkassounternehmen, Kreditinstitute und so weiter, die verlorengegangene oder zahlungssäumige Kunden suchen. Diese *Power User* machen den größten Teil der Anfragen aus. Außerdem wird die einfache Melderegisterauskunft auch von öffentlichen Stellen (Arbeitsamt, Amtsgericht etc.) im Rahmen des § 18 MRRG nachgefragt. Die einfache Melderegisterauskunft gehört damit zu dem volumenstärksten Verwaltungsdienstleistungen überhaupt.

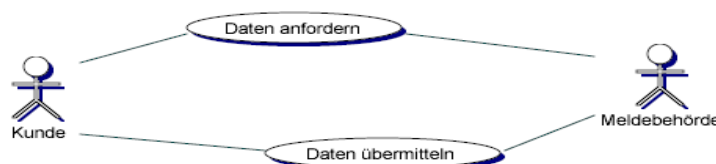
Die einfache Melderegisterauskunft ist gebührenpflichtig. Bei der derzeitigen Situation ergeben sich hohe Kosten sowohl auf Seiten der Unternehmen, als auch auf Seiten der Meldeämter. Eine effizienter Prozess zur automatisierten einfachen Melderegisterauskunft ist deshalb aus ökonomischer Sicht für beide Seiten sehr interessant.

Das Ziel der Umsetzung der einfachen Melderegisterauskunft in XMeld besteht daher in einem einfach zu nutzendem Mechanismus, der sowohl für Privatpersonen als auch für Großkunden einsetzbar ist. Für den Kernbereich, also Leistungsanforderung und -erbringung, aber ohne Berücksichtigung der Bezahlung, wird keine elektronische Signatur benötigt — weder auf Kunden-, noch auf Dienstleisterseite.

7.2 Übersicht über den Ablauf

Die Übersicht über den Geschäftsvorfall in Form eines *Use Case* ist nicht wirklich überraschend: Der Kunde fordert die Datenübermittlung an, und die Meldebehörde übermittelt das Suchergebnis.

Bild 170 Use Case



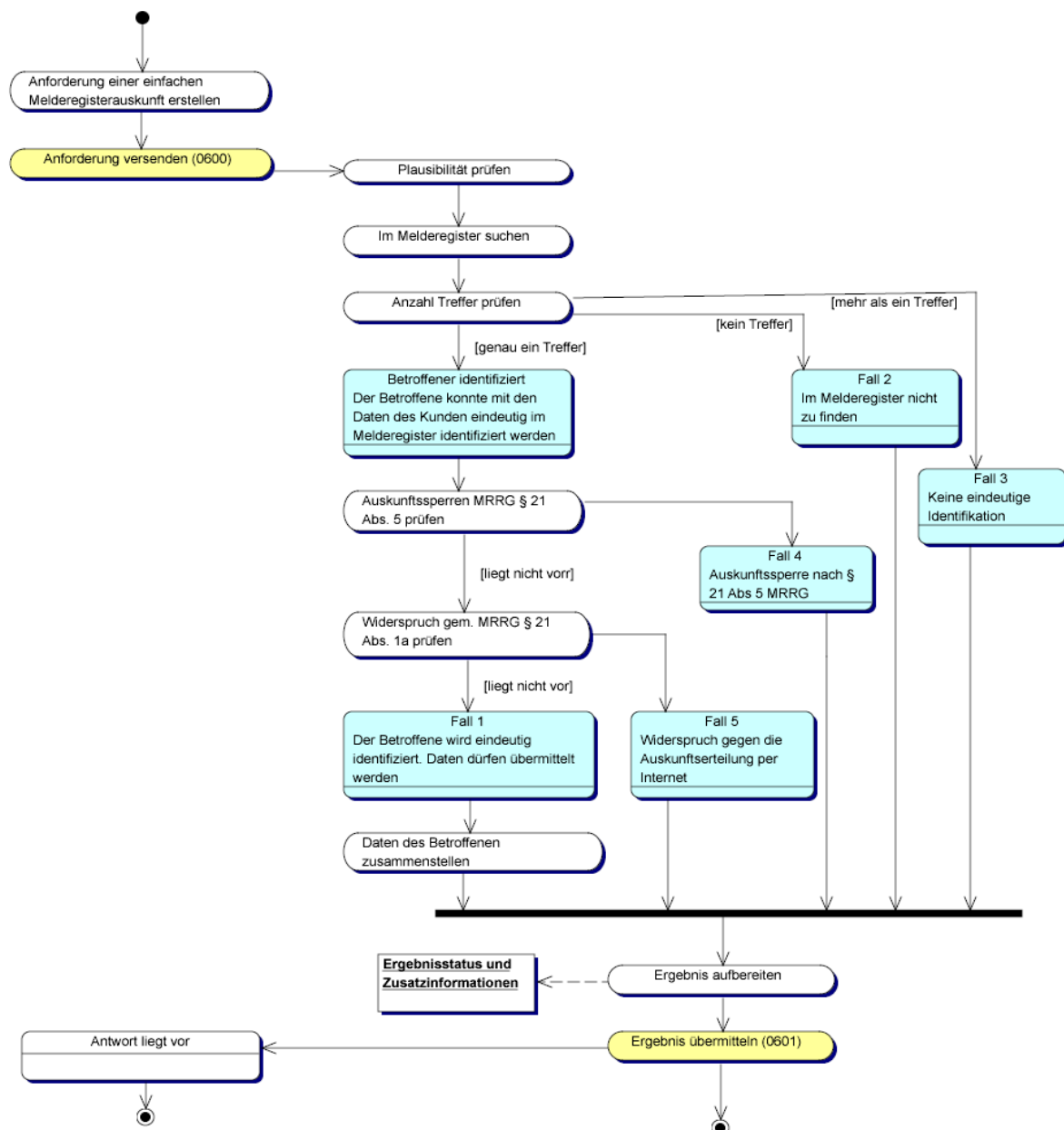
Auch die Tatsache, dass dieser Vorgang auf der *Use Case* Ebene genau so aussieht wie die Datenübermittlung der Meldebehörde an andere Behörden (nach § 18 MRRG, siehe Abschnitt 138 auf Seite 237), ist irgendwie plausibel.

Bemerkenswert ist eventuell, dass wir in der Version 1.1 von OSCI–XMeld davon ausgehen, dass der Dienstleister eine Meldebehörde ist, in deren Melderegister gesucht wird. Die derzeit diskutierte Möglichkeit, dass der Kunde mit „Portalen“ kommuniziert, die dann in seinem Auftrag Meldebehörden kontaktieren, wird also in der aktuellen Version noch nicht unterstützt. Ebenso berücksichtigen wir noch nicht den Fall der *Kettenauskunft*.

7.3 Der Ablauf im Detail

In dem Bild 171 ist der Ablauf der Bearbeitung einer einfachen Melderegisterauskunft dargestellt.

Bild 171 Prozessmodell



Der Kunde erstellt ein Anforderungsdokument. Die Nachricht `melderegisterauskunfteinfach.anforderung.0600` ist — im Interesse der Großkunden — als Sammelnachricht ausgelegt, es kann also in einer Nachricht nach vielen Personen gesucht werden. Pro gesuchter Person ist ein Suchprofil anzulegen. Diese Nachricht wird dann an das zuständige Meldeamt gesandt (also an das Meldeamt der Kommune, in dem die letzte bekannte Anschrift des gesuchten Betroffenen liegt).

In dem adressierten Meldeamt wird jetzt **pro angefragtem Suchprofil** wie folgt verfahren:

1. Es wird geprüft, ob das Suchprofil unterstützt wird, und ob es plausibel und gesetzeskonform ist.

Die einschlägige Norm, also § 21 Abs. 1a, läßt eine Suche im Melderegister zu, sofern neben dem Vor- und dem Familiennamen des Betroffenen mindestens zwei weitere Daten aus MRRG § 2 Abs. 1 angegeben sind. Es wird aber vermutlich viele EWO-Verfahren geben, die technisch nur wenige der gesetzlich zulässigen Parameterkombinationen unterstützen. Es ist also durchaus denkbar, dass der Kunde mit einer Datenkombination sucht, die technisch nicht unterstützt wird. Dies würde dem Kunden dann in dem Antwortdokument mitgeteilt (in dem Element `antwortstatus`).

2. Anschließend wird mit den Daten aus dem Suchprofil im Melderegister gesucht. Eine Auskunft darf nur erteilt werden, wenn eine Identifikation des Betroffenen eindeutig möglich war. Ist dies nicht möglich, wird dies dem Kunden ebenfalls im Antwortdokument mitgeteilt.

Wir machen keinerlei Aussagen oder Annahmen über die Qualität dieses Suchprozesses. Ob zum Beispiel eine *Normalisierung* der Daten stattfindet, so dass Umlaute und deren Ersatzdarstellung als identisch behandelt werden oder nicht, wird durch OSCI-XMeld nicht geregelt. Dies ist ein interner Prozeß im betroffenen Meldeamt und soll nicht standardisiert werden.

3. Konnte der Betroffene eindeutig identifiziert werden, so ist zu prüfen, ob Auskunftssperren vorliegen. Speziell für den hier beschriebenen Prozess ist, dass auch geprüft werden muss, ob der Betroffene der Auskunftserteilung über das Internet widersprochen hat. Wie in diesem Fall vorzugehen ist, ist in der Beschreibung zur Nachricht `melderegisterauskunfteinfach.antwort.0601` (siehe Abschnitt 7.5.2 auf Seite 280) erläutert.

4. Dann wird das Suchergebnis für den Kunden aufbereitet. Dazu gehört auch, dass die Meldebehörde den Kunden gegebenenfalls über festgestellte Probleme informieren kann. Sie kann auch weitere zweckdienliche Hinweise zu den übermittelten Daten geben. Die Datenstruktur des Antwortdokumentes ermöglicht diese Zusatzangaben.

So ist zum Beispiel denkbar, dass der Kunde einen Betroffenen mit einer Anschrift sucht, die nicht zum Zuständigkeitsbereich des adressierten Meldeamtes gehört. Ein Antwortdokument mit dem Inhalt *„eindeutige Identifikation des Betroffenen nicht möglich“* ist zwar formal korrekt, führt aber auf Kundenseite möglicherweise zu falschen Schlüssen. Es kann in diesem Fall kundenfreundlicher sein, in der Antwort durch einen entsprechenden Wert in der Schlüsseltabelle `zusatzinformation` darauf aufmerksam zu machen, aus welchem Grund die Suche fehlschlagen musste.

Ebenfalls durch die Schlüsseltabelle `zusatzinformation` kann der Kunde darauf aufmerksam gemacht werden, dass der Betroffene inzwischen einen anderen Vor- oder Familiennamen führt, als im Suchprofil des Kunden angegeben.

In dem Antwortdokument werden die Ergebnisse für alle vom Kunden angefragten Suchprofile gesammelt. Dieses Dokument wird dann an den Kunden gesandt.

7.3.1 Unterschiedliche Rechtsauffassungen / unterschiedlichen Auskünfte

Bei der Bearbeitung der einfachen Melderegisterauskunft, insbesondere der Antwortnachricht an den Kunden, sind erhebliche Schwierigkeiten aufgetaucht. Sie sind auf unterschiedliche Rechtsauffassungen und unterschiedliche Verhaltensweisen in der täglichen Praxis der Meldeämter zurückzuführen.

Die einfache Melderegisterauskunft ist im § 21 Abs. 1 und 1a geregelt. Da dies eine bundesweit gültige und — wie wir zunächst glaubten — auch hinreichend konkrete Normierung ist, ist klar, dass die einfache Melderegisterauskunft zum Regelungsbereich von OSCI-XMeld gehört. Es hat sich jedoch ein uneinheitliches Vorgehen in den Fällen der Auskunftssperre nach § 21 Abs. 5 MRRG und des Widerspruchs gegen die einfache Melderegisterauskunft via Internet nach § 21 Abs. 1a MRRG herausgestellt.

Um die möglichen und nach unseren Erkenntnissen auch praktizierten Alternativen technisch umzusetzen, *muß* jede Antwortnachricht genau einen *Ergebnisstatus* haben, außerdem *kann* die Meldebehörde dem Kunden beliebig viele *Zusatzinformationen* zukommen lassen. Sie finden diese Elemente als Bestandteil der Nachricht `melderegisterauskunfteinfach.antwort.0601`.

Ausgelöst durch die nachfolgend dargestellten Diskussionen im Rahmen der OSCI-XMeld 1.1 Spezifikation wurde nach dem offiziellen Ende des OSCI-XMeld 1.1 Projektes, nämlich am 22./23. Juli 2002, im Kreis der Melderechtsreferenten der Länder und des Bundes über diese Problematik diskutiert. Dort wurde ein einheitliches Vorgehen verabredet. In dem nachfolgenden Text wird das Ergebnis dieser Besprechung aus Aktualitätsgründen „notdürftig“ eingearbeitet. In der nächsten Ausgabe von OSCI-XMeld wird dieser und die folgenden Abschnitte komplett umgearbeitet werden, um die Festlegung der Melderechtsreferenten zu berücksichtigen.

Im Einzelnen gibt es folgende Varianten:

7.3.1.1 Auskunftssperre nach § 21 Abs. 5 MRRG

Wenn nach eindeutiger Identifikation des Betroffenen festgestellt wird, dass eine Auskunftssperre nach § 21 Abs. 5 MRRG (*Gefahr für Leib und Leben*) eingetragen ist: wie soll sich die Meldebehörde verhalten? Folgende Varianten sind uns bekannt:

- a. Dem Kunden wird klar und deutlich gesagt, dass er trotz eindeutiger Identifikation des Betroffenen keine Daten erhält, weil eine Auskunftssperre nach § 21 Abs. 5 besteht.

Dafür enthält die Antwortnachricht an den Kunden einen *Ergebnisstatus*, der aussagt: *„Der Betroffene wurde eindeutig identifiziert. Es werden keine Daten übermittelt.“*. Den Grund dafür benennt die Meldebehörde in einer *Zusatzinformation*: *„Für den Betroffenen besteht eine Auskunftssperre nach § 21 Abs. 5.“*

Weitere Informationen erhält der Kunde nicht. Insbesondere kann er der Auskunft nicht entnehmen, ob der Betroffene noch in dem Zuständigkeitsbereich der Meldebehörde gemeldet ist.

- b. Die Tatsache, dass eine Auskunftssperre besteht, wird gegenüber dem Kunden verschleiert.

Dem Kunden wird ein *Ergebnisstatus* übermittelt, der aussagt, dass *„der Betroffene anhand der vom Kunden gelieferten Daten im Rahmen des automatisierten Suchverfahrens nicht oder nicht eindeutig identifiziert werden konnte“*. Daher werden keine Daten übermittelt. Da aber der Staat den Kunden auch nicht direkt anlügen sollte, wird folgende *Zusatzinformation* an den Kunden gegeben: *„Diese Auskunft wird auch in den Fällen erteilt, in denen eine Auskunftssperre besteht“*. Die Meldebehörde kann dem Kunden außerdem als *Zusatzinformation* übermitteln, dass *„die Suche im Melderegister Null Treffer“* ergeben hat.

Selbstverständlich muss dann dafür Sorge getragen werden, dass die genannte *Zusatzinformation(en)* immer auch dann herausgegeben wird, wenn die Suche im Melderegister *tatsächlich* erfolglos war. Ansonsten könnte der Kunde aus der Tatsache, dass ihm die *Zusatzinformation(en)* übermittelt wird, auf das Bestehen einer Auskunftssperre schließen.

Der Kunde kann bei dieser Variante nicht erkennen, dass eine Auskunftssperre besteht. Er erfährt auch nichts über den Betroffenen.

- c. Die Nachricht wird aus dem automatisierten Verfahren ausgesondert.

Die Antwortnachricht hat einen *Ergebnisstatus* der aussagt: *„Diese Dienstleistung kann in diesem Fall nicht im automatisierten Verfahren erbracht werden“*. Als *Zusatzinformation* teilt die Behörde dem Kunden mit: *„Diese Anforderung wird ohne erneute Anforderung manuell erbracht werden“*.

Anschließend wird die Anfrage — ohne dass der Kunde dafür etwas tun müsste — ausgesteuert und an einen Sachbearbeiter im Meldeamt übergeben. Dieser kann die Anfrage im Einzelfall überprüfen und angemessen reagieren.

Der *„erfahrene Großkunde“* wird anhand des *Ergebnisstatus* in der elektronischen Antwortnachricht erkennen, dass möglicherweise eine Auskunftssperre der automatisierten Bearbeitung entgegen steht.

- d. Die Nachricht wird aus dem automatisierten Verfahren ausgesondert.

Die Antwortnachricht hat einen *Ergebnisstatus* der aussagt: *„Diese Dienstleistung kann in diesem Fall nicht im automatisierten Verfahren erbracht werden“*. Als *Zusatzinformation* teilt die Behörde dem Kunden mit: *„Für eine manuelle Bearbeitung ist eine erneute Anforderung erforderlich“*.

Der Vorgang ist damit zunächst beendet.

Der Kunde muss sich nunmehr auf anderem Wege (schriftlich) an die Meldebehörde wenden. Diese entscheidet über das weitere Vorgehen.

In der Besprechung der Melderechtsreferenten der Länder und des Bundes am 22./23.7.03 erfolgte eine Festlegung auf die Variante d): *„Keine automatisierte Bearbeitung möglich, schriftlicher Antrag notwendig“*.

7.3.1.2 Auskunftssperre nach § 21 Abs. 1a MRRG

Wenn nach eindeutiger Identifikation des Betroffenen festgestellt wird, dass eine Auskunftssperre nach § 21 Abs. 1a MRRG (*Widerspruch gegen die Auskunftserteilung per Internet*) eingetragen ist: wie soll sich die Meldebehörde verhalten? Folgende Varianten sind uns bekannt:

- a. Dem Kunden wird mitgeteilt, dass er den Antrag noch einmal stellen muss, diesmal aber nicht über das Internet, da der Betroffene der Auskunftserteilung über das Internet widersprochen hat.

Der Ergebnisstatus der Nachricht lautet: "Diese Dienstleistung kann in diesem Fall nicht im automatisierten Verfahren erbracht werden" Als Zusatzinformation erfährt der Kunde: "Es besteht eine Auskunftssperre nach § 21 Abs. 1a MRRG", als weitere Zusatzinformation: "Für eine manuelle Bearbeitung ist eine erneute Anforderung erforderlich."

Der Kunde kann daraus schließen, dass eine eindeutige Information des Betroffenen mit den vorhandenen Daten möglich ist (denn sonst hätte die Meldebehörde nicht feststellen können, dass der Betroffene der Auskunftserteilung widersprochen hat). Er wird sich in der Regel mit identischen Daten, diesmal aber auf konventionelle Weise, an das Meldeamt wenden.

- b. Dem Kunden wird mitgeteilt, dass er die Daten des Betroffenen erhalten wird, aber nicht über das Internet, weil der Betroffene der Auskunftserteilung über das Internet widersprochen hat.

Der Ergebnisstatus der Antwortnachricht lautet: "Der Betroffene wurde eindeutig identifiziert. Es werden keine Daten übermittelt." Der Kunde erhält die Zusatzinformation "Diese Anforderung wird ohne erneute Anforderung manuell erbracht werden"

In der Besprechung der Melderechtsreferenten der Länder und des Bundes am 22./23.7.03 erfolgte eine Festlegung auf die Variante b): "Keine Antwort über das Internet möglich, es erfolgt automatisch eine schriftliche Beantwortung".

7.3.1.3 Zusammenfassung: mögliche Antwortalternativen und ihre Umsetzung in OSCI-XMeld 1.1

In der folgenden Tabelle werden die unterschiedlichen Situationen, die verschiedenen Handlungsalternativen und die Umsetzung in OSCI-XMeld 1.1 zusammengefasst. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die unterschiedlichen Werte des (genau einmal pro Antwort erforderlichen) Elementes *Ergebnisstatus* durch die Schlüsseltabelle 42: "*Ergebnisstatus*" repräsentiert werden. Die zulässigen Werte des (in einer Antwortnachricht mehrfach möglichen, aber nicht erforderlichen) Feldes *Zusatzinformation* sind in der Schlüsseltabelle 44: "*Zusatzinformation*" definiert.

Bezüglich des Umgangs mit den Schlüsseltabellen muß an dieser Stelle darauf hingewiesen werden, dass in der Regel zwischen dem Sender einer OSCI-XMeld Nachricht und dem Empfänger nur der *Schlüssel*, nicht aber der optionale *Wert* ausgetauscht werden wird. Konkret bedeutet das, dass zum Beispiel im Falle des Vorliegens eines Widerspruchs des Betroffenen gegen die Auskunftserteilung über das Internet der Kunde eine Nachricht erhält, in der im Feld *ergebnisstatus* unter Verweis auf die OSCI-XMeld-Schlüsseltabelle 42 der *schlüssel* "02" steht. Die *inhaltliche Bedeutung* dieses Schlüssels "02" ist durch die OSCI-XMeld Spezifikation festgelegt, sie lautet in der Version 1.1 von OSCI-XMeld "*Der Betroffene wurde im Rahmen der automatisierten Suche im Melderegister eindeutig identifiziert. Es werden keine Daten übermittelt*". Was der Kunde tatsächlich *angezeigt* bekommt, ist damit nicht ausgesagt, denn das wird von der Client-Anwendung auf Kundenseite bestimmt. Die Software, die auf Seiten des Kunden zum Einsatz kommt, wird den empfangenen Ergebnisstatus "02" interpretieren und das Ergebnis dieser Interpretation in irgendeiner Form dem Kunden zur Kenntnis bringen. Durch OSCI-XMeld wird die *inhaltliche Bedeutung* eines übermittelten Schlüssels verbindlich festgelegt, nicht aber dessen Repräsentation und weitere Verarbeitung innerhalb der DV-Verfahren der Empfänger.

Tabelle 3: Ergebnisstatus und Zusatzinformation der einfachen Melderegisterauskunft

Situation			
Fallkonstellation		Ergebnisstatus	Zusatzinformation(en)
Der Betroffene wird eindeutig identifiziert. Es gibt keine Gründe, die gegen eine Übermittlung der Daten an den Kunden im Rahmen der einfachen Melderegisterauskunft sprechen.			
1	Die Daten des Betroffenen werden an den Kunden übermittelt.	<i>“Der Betroffene wurde im Rahmen der automatisierten Suche im Melderegister eindeutig identifiziert. Die Daten werden übermittelt.”</i>	
Der Betroffene kann anhand der Daten des Kunden nicht gefunden werden, weil es bei der Suche im Melderegister Null Treffer gab.			
2	Information an den Kunden	<i>“Der Betroffene konnte im Rahmen der automatisierten Suche im Melderegister nicht oder nicht eindeutig identifiziert werden. Es werden keine Daten übermittelt.”</i>	1. Immer: <i>“Die Suche ergab Null Treffer”</i> 2. Gegebenenfalls zusätzlich: <i>“Diese Auskunft wird auch in den Fällen erteilt, in denen eine Auskunftssperre besteht”</i> (Wie bei 4b).
Der Betroffene kann anhand der Daten des Kunden nicht gefunden werden, weil es bei der Suche im Melderegister mehr als einen Treffer gab.			
3	Information an den Kunden	<i>“Der Betroffene konnte im Rahmen der automatisierten Suche im Melderegister nicht oder nicht eindeutig identifiziert werden. Es werden keine Daten übermittelt.”</i>	<i>“Die Suche ergab mehr als einen Treffer”</i>
Der Betroffene kann zwar gefunden werden, aber es besteht eine Auskunftssperre nach § 21 Abs. 5 MRRG Bei der Besprechung der Melderechtsreferenten der Länder und des Bundes erfolgte die Festlegung auf Variante 4d)			
4a	Information an den Kunden	<i>“Der Betroffene wurde im Rahmen der automatisierten Suche im Melderegister eindeutig identifiziert. Es werden keine Daten übermittelt.”</i>	<i>“Für den Betroffenen besteht eine Auskunftssperre nach § 21 Abs. 5”</i>
4b	Auskunftssperre verschleiern: Verhalten identisch zur Fallkonstellation 2	<i>“Der Betroffene konnte im Rahmen der automatisierten Suche im Melderegister nicht oder nicht eindeutig identifiziert werden. Es werden keine Daten übermittelt.”</i>	<i>“Diese Auskunft wird auch in den Fällen erteilt, in denen eine Auskunftssperre besteht”</i>
4c	Aus der automatisierten Verarbeitung aussondern	<i>“Diese Dienstleistung kann in diesem Fall nicht im automatisierten Verfahren erbracht werden”</i>	<i>“Die angeforderte Dienstleistung wird ohne erneute Anforderung manuell erbracht werden”</i>
4d	Aus der automatisierten Verarbeitung aussondern	<i>“Diese Dienstleistung kann in diesem Fall nicht im automatisierten Verfahren erbracht werden”</i>	<i>“Für eine manuelle Bearbeitung ist eine erneute Anforderung erforderlich”</i>

Situation			
Fallkonstellation		Ergebnisstatus	Zusatzinformation(en)
Der Betroffene kann zwar gefunden werden, aber es besteht eine Auskunftssperre nach § 21 Abs. 1a MRRG Bei der Besprechung der Melderechtsreferenten der Länder und des Bundes erfolgte die Festlegung auf Variante 5b)			
5a	Kunde kann den gleichen Antrag noch einmal stellen (diesmal nicht via Internet)	<i>“Der Betroffene wurde im Rahmen der automatisierten Suche im Melderegister eindeutig identifiziert. Es werden keine Daten übermittelt”</i>	1. <i>“Für den Betroffenen besteht eine Auskunftssperre nach § 21 Abs. 1a”</i> 2. <i>“Für eine manuelle Bearbeitung ist eine erneute Anforderung erforderlich.”</i>
5b	Der Kunde erhält ohne weiteres Zutun die Daten des Betroffenen, aber nicht via Internet		1. <i>“Für den Betroffenen besteht eine Auskunftssperre nach § 21 Abs. 1a”</i> 2. <i>“Die angeforderte Dienstleistung wird ohne erneute Anforderung manuell erbracht werden”</i>

7.4 Datentypen

Gegenwärtig gibt es keine Datentypen, die nur in Zusammenhang mit der Einfachen Melderegisterauskunft benötigt werden. Für Informationen über die allgemeinen Datentypen sei auf Abschnitt 2 auf Seite 61 verwiesen.

7.5 Die Nachrichten

In der folgenden Tabelle fassen wir alle in diesem Kapitel beschriebenen Nachrichten zusammen.

Alle Nachrichten der Hauptgruppe "melderegisterauskunfteinfach"					
Untergruppe	Nr.	Sender	Empfänger	Beschreibung	Seite
anforderung	0600	kunde	meldebehoerde	Diese Nachricht enthält eine einzelne oder eine Liste von Auskunftersuchen nach MRRG § 21. Diese Nachricht deckt ca 90% aller Auskunftersuchen ab.	279
antwort	0601	meldebehoerde	kunde	Das Ergebnisdokument für eine einfache Melderegisterauskunft nach MRRG § 21. Übermittelt werden die gesetzlich zulässigen Daten über den Betroffenen.	280

7.5.1 Die Anforderungsnachricht der Einfachen Melderegisterauskunft

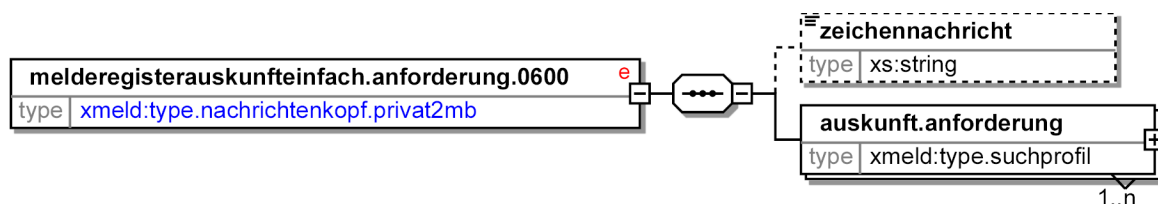
Nachricht: melderegisterauskunfteinfach.anforderung.0600, Version: 1.1

Diese Nachricht enthält eine Liste von Auskunftersuchen nach MRRG § 21.

Auf diese Nachricht wird mit einer Liste von Suchergebnissen reagiert (melderegisterauskunfteinfach.antwort.0601).

Diese Nachricht deckt ca 90% aller Auskunftersuchen ab.

Bild 172 melderegisterauskunfteinfach.anforderung.0600



Diese Nachricht ist eine Erweiterung des Basistyps `type.nachrichtenkopf.privat2mb` (siehe Abschnitt 2.2 auf Seite 62).

Kindelemente von melderegisterauskunfteinfach.anforderung.0600			
Kindelement	Typ	Häufigkeit	Referenz
zeichennachricht	xs:string	0..1	
auskunft.anforderung	type.suchprofil	1..n	Abschnitt 2.9

Die Kindelemente dieser Nachricht werden in den folgenden Unterabschnitten beschrieben.

7.5.1.1 zeichennachricht (xs:string)

Die anfragende Stelle kann hier ihr Zuordnungsmerkmal für ihre Anfrage eintragen (Aktenzeichen, Surrogat, Geschäftskennzeichen), damit auch bei asynchroner Bearbeitung die Antwort der Anfrage zugeordnet werden kann.

7.5.1.2 auskunft.anforderung (type.suchprofil)

Für die Beschreibung dieses Typs wird auf Abschnitt 2.9 auf Seite 70 verwiesen.

7.5.2 Die Antwortnachricht der Einfachen Melderegisterauskunft

Nachricht: melderegisterauskunfteinfach.antwort.0601, Version: 1.1

Diese Nachricht repräsentiert das Ergebnisdokument für eine einfache Melderegisterauskunft nach MRRG § 21.

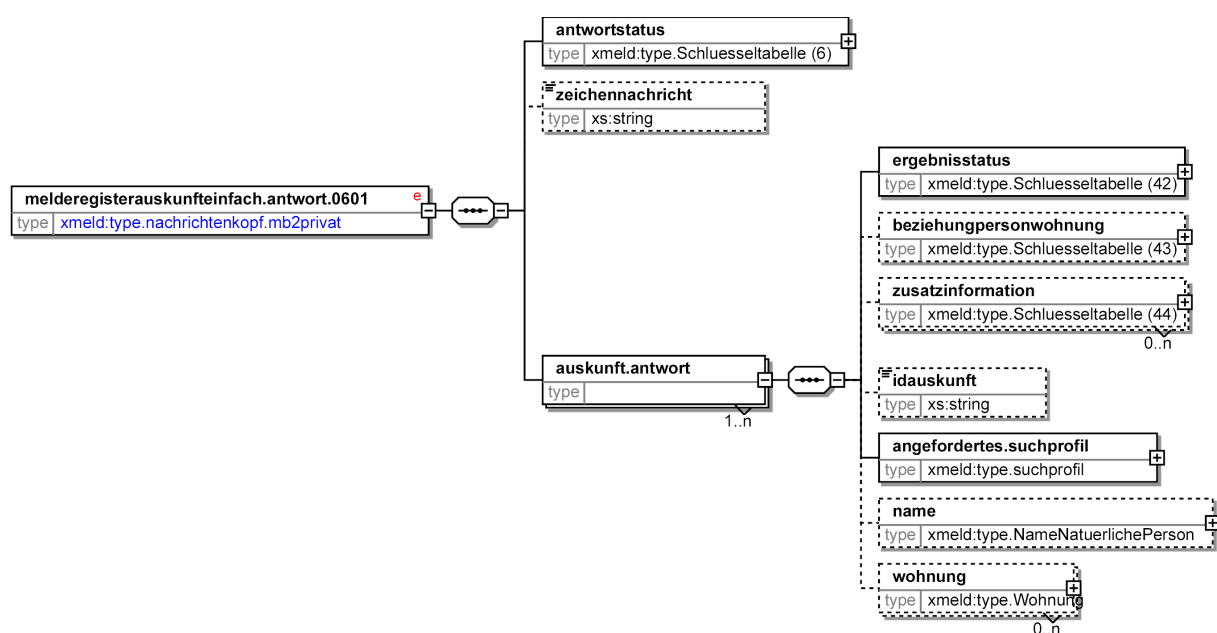
Übermittelt werden die gesetzlich zulässigen Daten über den Betroffenen.

Dabei ist über den **antwortstatus** feststellbar, ob Antwortdaten geliefert worden sind, d.h., ob die korrespondierende Anforderungsnachricht bearbeitet wurde.

Falls Antwortdaten vorliegen, so wird für jede angefragte Person im Kindelement **auskunft.antwort** durch die Belegung der dortigen Kindelemente **ergebnisstatus**, **beziehungpersonwohnung** und **zusatzinformation** die Art der Antwort genau spezifiziert.

Das Verhalten bei Vorliegen einer AS ist derzeit nicht einheitlich geregelt, daher verweisen wir auf Abschnitt 7.3.1 auf Seite 275 .

Bild 173 melderegisterauskunfteinfach.antwort.0601



Diese Nachricht ist eine Erweiterung des Basistyps `type.nachrichtenkopf.mb2privat` (siehe Abschnitt 2.3 auf Seite 64).

Kindelemente von <code>melderegisterauskunft.einfach.antwort.0601</code>			
Kindelement	Typ	Häufigkeit	Referenz
<code>antwortstatus</code>	<code>type.Schluesseltabelle</code>	1	
<code>zeichennachricht</code>	<code>xs:string</code>	0..1	
<code>auskunft.antwort</code>		1..n	

Die Kindelemente dieser Nachricht werden in den folgenden Unterabschnitten beschrieben.

7.5.2.1 `antwortstatus` (`type.Schluesseltabelle`)

Anhand der Belegung dieses Elementes kann festgestellt werden, ob die korrespondierende Anforderungsnachricht überhaupt bearbeitet worden ist.

Im Falle der Nicht-Bearbeitung der Anforderungsnachricht ist anhand des übermittelten Wertes der Grund erkennbar.

Der Wert dieses Elements ergibt sich aus der Schlüsseltabelle 6: *Antwortstatus*.

7.5.2.2 `zeichennachricht` (`xs:string`)

Die anfragende Stelle kann hier ihr Zuordnungsmerkmal für ihre Anfrage eintragen (Aktenzeichen, Surrogat, Geschäftskennzeichen). Bei der Antwort der Meldebehörde werden diese Angaben an den Kunden zurückgegeben, damit auch bei asynchroner Bearbeitung die Antwort der Anfrage zugeordnet werden kann.

7.5.2.3 `auskunft.antwort`

Je angefragter Person wird genau eine Instanz dieses Elements geliefert.

Wenn die Person nicht gefunden wurde, wird ein entsprechender `ergebnisstatus` gesetzt (und nur das Suchprofil für diese nicht gefundene Person zurückgeliefert).

Falls die Person gefunden wurde und keine Auskunftssperre vorliegt, werden personenbezogene Daten entsprechend MRRG § 21 übermittelt.

Kindelemente von <code>auskunft.antwort</code>			
Kindelement	Typ	Häufigkeit	Referenz
<code>ergebnisstatus</code>	<code>type.Schluesseltabelle</code>	1	
<code>beziehungpersonwohnung</code>	<code>type.Schluesseltabelle</code>	0..1	
<code>zusatzinformation</code>	<code>type.Schluesseltabelle</code>	0..n	
<code>idauskunft</code>	<code>xs:string</code>	0..1	
<code>angefordertes.suchprofil</code>	<code>type.suchprofil</code>	1	Abschnitt 2.9
<code>name</code>	<code>type.NameNatuerlichePerson</code>	0..1	Abschnitt 1.2.1
<code>wohnung</code>	<code>type.Wohnung</code>	0..n	Abschnitt 1.4.3

Die Kindelemente dieses Typs werden in den folgenden Unterabschnitten beschrieben.

7.5.2.3.1 `ergebnisstatus` (`type.Schluesseltabelle`)

Mit diesem Kindelement wird die Information, ob die gesuchte Person gefunden wurde, übermittelt.

Der Wert dieses Elements ergibt sich aus der Schlüsseltabelle 42: *Ergebnisstatus*.

7.5.2.3.2 `beziehungpersonwohnung` (`type.Schluesseltabelle`)

Mit diesem Kindelement wird die Beziehung zwischen der gefundenen Person und der übermittelten Wohnung hergestellt.

Der Wert dieses Elements ergibt sich aus der Schlüsseltabelle 43: *Beziehung zwischen Person und Wohnung*.

7.5.2.3.3 `zusatzinformation` (`type.Schluesseltabelle`)

Mit diesem Kindelement können zusätzliche Informationen übermittelt werden, die einen eher allgemeinen Ergebnisstatus konkretisieren.

So ist erst durch die Zusatzinformation *“Es besteht eine Auskunftssperre”* die Begründung für den Ergebnisstatus *“Person eindeutig identifiziert, Daten werden nicht übermittelt”* vorhanden.

Ob (mittels Schlüsseltabelle genau definierte) Zusatzinformationen übermittelt werden, obliegt dem jeweiligen EWO-Verfahren.

Der Wert dieses Elements ergibt sich aus der Schlüsseltabelle 44: *Zusatzinformation*.

7.5.2.3.4 `idauskunft` (`xs:string`)

Hier kann die Auskunft erteilende Stelle ein individuelles Kennzeichen beispw. für Protokoll- und/oder Zahlungszwecke eintragen.

7.5.2.3.5 `angefordertes.suchprofil` (`type.suchprofil`)

Für die Identifikation bei Auskünften und Datenübermittlungen ist die gesuchte Person mit Vor- und Familiennamen sowie mindestens zwei weiteren der auf Grund von MRRG § 2 Abs. 1 gespeicherten Daten zu qualifizieren. Diese Daten werden bei der Antwort der Meldebehörde wieder mit zurückgegeben.

Aufgrund der 80/20-Regel werden hierfür das Geburtsdatum, die Anschrift und das Geschlecht angeboten.

7.5.2.3.6 `name` (`type.NameNatuerlichePerson`)

Für die Beschreibung dieses Typs wird auf Abschnitt 1.2.1 auf Seite 36 verwiesen.

7.5.2.3.7 `wohnung` (`type.Wohnung`)

Der Datentyp `xmld:type.Wohnung` wird wegen des Wohnungsstatus benötigt. Deswegen ist der Datentyp `xmld:type.Anschrift` nicht ausreichend.

7.6 Rahmenbedingungen

Das MRRG fordert keine besonderen Authentisierungs- oder Sicherheitsmechanismen für die einfache Melderegisterauskunft. Die beiden hier vorgestellten Nachrichten können daher ohne elektronische Signatur über das Internet versandt werden.

Höhere Anforderungen an die Sicherheitsmechanismen, die möglicherweise auch die elektronische Signatur zur Folge haben, werden sich in der Regel dann ergeben, wenn man neben den eigentlichen Kernprozess auch Payment- und Inkassoverfahren in die Betrachtung einbezieht. Dann muss sich gegebenenfalls ein Kunde gegenüber dem Meldeamt authentisieren, damit Dienstleistungen über entsprechende Konten verrechnet werden. Dies liegt aber außerhalb von OSCl-XMeld und wird daher in diesem Dokument nicht weiter berücksichtigt.

7.7 Versionshistorie

Im Rahmen der Vereinheitlichung wurden die Nummern der beiden Nachrichten vertauscht, so dass die Anforderungsnachricht jetzt die Nummer 0600 hat und die Antwortnachricht die Nummer 0601. Ausserdem wurde die Antwortnachricht um eine Fehlerbehandlung erweitert. Dieses Konzept findet auch in anderen Nachrichtenhauptgruppen Verwendung.

Der gesamte Abschnitt über die unterschiedlichen Handlungsalternativen der Meldebehörden im Falle des Vorliegens von Auskunftssperren (Seite 275f.) ist neu.

Für zukünftige Projektrunden (voraussichtlich in OSCI–XMeld 1.2) planen wir derzeit folgende Erweiterungen:

- Behördeninterne Nachricht für Kettenanfragen
- Verfeinerte Zusatzinformationen in 0601 (Verzugsstatus)

7.8 Beispiele

Da die Nachrichten zur Einfachen Melderegisterauskunft strukturell eng mit denen zur Datenübermittlung nach MRRG § 18 (1) verwandt sind, verweisen wir für Beispiele auf Abschnitt 6.8 auf Seite 267.